

Gericht erkannte demgemäß. Bei der Urteilsbegreifung hob der Vorsitzende des Gerichtshofes hervor, daß das Benehmen des Angeklagten geradezu toll und ungebührlich zu nennen wäre.

Bei der Verteilung erklärte der Angeklagte, daß die Anzeige gegen ihn nur ein Nachsatz eines Polizeikommissars sei, worauf der Vorsitzende des Gerichtshofes folgende deutliche Aeußerung that:

„Eine solche Schwabenverwirrung konnte wohl bei einem gewöhnlichen (N) Menschen vor, aber bei einem Volksbeamten hätte er (Schäfer) sie bislang nicht vorausgesehen!“
Polizeibeamte sind also keine gewöhnlichen Menschen. Worin wohl die „Außergewöhnlichkeit“ der Herren von der Polizei bestehen mag?

Anstalt.

Oesterreich-Ungarn. Wie man gegen uns kämpft. Großes und päpstliches Aufsehen erregte im Abgeordnetenhaus die Rede des liberalen Abgeordneten Kobonczy, der sagte, zur Beseitigung des Agrarproletariats würden nicht drei, sondern zehn Regimenter Soldaten nötig sein. Angesichts des Bauernkriegs hätte er für notwendig, zu erkennen, daß er im vergangenen Jahre zu seiner Wahl 5000 Gulden erhalten habe. Er sei bereit, diese zurückzugeben. Die liberale Partei verurteilte die drei Millionen Gulden bei den Wahlen; möchten die anderen Gewählten ebenfalls das empfangene Geld zurückgeben. Die Kandidaten der Volkspartei hätten von den Bischöfen Geld erhalten. Der Abgeordnete Kobonczy erklärte seinen Austritt aus der liberalen Partei. Seine Enthüllungen werden zu erregten Erörterungen führen. Die Bauernbewegung nimmt größeren Umfang an. In der Gemeinde Eizand trug offener Aufstand aus. Die Bauern ertrugen die Steuern, gegen die Steuernrollen und widersetzten sich dem ausrückenden Militär. Es entspann sich ein förmlicher Kampf. Acht Bauern wurden verwundet.

Spanien. Am Sonntag fanden abermals in vielen Städten große Arbeiterversammlungen und Auszüge statt, in denen die Wiederannahme aller Anarchistenprozesse des Jahres 1897 gefordert wurde. Nach den neuesten Feststellungen der außerordentlichen Untersuchungskommission ist es ungewiss, daß in den Gefängnissen zu Barcelona bei allen Anarchisten, die zum Tode oder zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, die Gefängnisse durch förmliche Zwangsarbeit herausgepreßt wurden. Die Abgeordnetenkammer von Barcelona hat daher ebenfalls eine sehr dringliche Eingabe an die Regierung gerichtet, in welcher die Revision der Anarchistenprozesse als unerlässlich bezeichnet wird.

Prozeß Sola.

Das Gericht kehrte über die heutige Verhandlung dann dahin zusammenzufassen: einmütig und langweilig. Nach den ausführlich begründeten Verfügungen der Schreibereien besteht wohl kaum ein Zweifel, daß das Verbrechen von Eberhazy ist, so sehr der Beschäftigte auch bemüht ist, die Verantwortung zu überwälzen. Entscheidend waren gegen Sola der Inhalt der Aussagen Eberhazy's. Dieser ausgesprochene Geisteskranker, Professor an der polytechnischen Hochschule, hatte bereits die Protokolle gegen die Unrechtmäßigkeit in dem Prozeß Dreyfus und Eberhazy unterzeichnet. Eberhazy erklärte nun, wie daraufhin das Kriegsministerium darauf gedrungen habe, daß man ihn aus dem Amte jage, um wie die „Libre Parole“, die er ein Standblatt und Expressblatt nannte, seinen Patriotismus verächtlich habe. Hieran erfolgte Sola's der Sitzung.

Sola's Absicht erfolgte um 7/8 Uhr und vollzog sich ohne Zwischenfall.

Eberhazy soll nach einer Mitteilung der Strafk. Ver. erklärt haben: Falls Dreyfus je wieder freigesprochen werden beträfe, würden hunderttausende von Juden maffakriert. Nicht nette Feinde der antisemitischen Demonstrationen!

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Volkswacht in Breslau hatte der Breslauer Zeitung einen Bericht über einen Prozeß des Steinbruchsbesizers Breslauer in Jallenberg gegen den Prozeß Jantzenberg Tillow's entnommen, worin u. a. eine Aeußerung des Klägers vorkommt, wor, woran ihm gegenüber der Graf sein Recht als Vorkaufhaber von 1800 an zu behaupten. Die Verhandlung gegen die Volkswacht wegen dieses Berichtes legte die Volkswacht Strafantrag — zwei andere Mitteilungen, die den Bericht gleichfalls gebracht hatten, wurden nicht strafrechtlich verfolgt. Die Sache überging an die Staatsanwaltschaft übernahm die Sache im öffentlichen Interesse, was gegenüber der Volkswacht rechtswidrig geschah. Während des Verfahrens forderte Graf, zu der Verhandlung gegen den Redakteur Reichlich, die am Sonntagabend vor dem Breslauer Landgericht vor sich ging, wurde ein Schreiben der Witwe des Grafen vorkommen, des Inhalts, daß sie den Strafaufrag zurückziehe; da aber die Staatsanwaltschaft die Sache übernahm, so änderte die Witwe den Willen des Grafen nicht am Gang der Verhandlung. Die Vernehmung ergab nun, daß der Graf in der That bei einem Rechtsstreit, der er als Privatbesitzer einer Gasse gegen den Steinbruchsbesizer Breslauer vor dem Kreisaustrich geführt hat, von einer Urkunde Gebrauch machte, die ihm in seiner amtlichen Eigenschaft zugehört hat. Demnach beantragte der Staatsanwalt gegen den angeklagten Redakteur Reichlich nicht weniger als 3 Monate Gefängnis, wobei er als strafschonend angesehen werden sollte, daß der angeklagte den Grafen nicht gekannt hat. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte Reichlich frei. Die Volkswacht war für ledig, bezweifle ich aber um 100 Mark Strafbuß, weil der Wahrscheinlichkeitswert zum Teil gelungen sei.

Im Dorfe Schwepnitz und anderen Orten der sächsischen Amtsbaupräsidenten Ranzig ist vor einiger Zeit der von sozialdemokratischen Antisemitensomitee für Sachsen herausgegebene Rundbrief statt verteilt worden. Einige Exemplare bestanden in der Bestimmung des Rates des großen Landtag bezogen zu haben, und gegen den Verleger des Rundbriefes, Heilmann & Horn in Dresden, ist die Verfolgung eingeleitet, daß er sie zu dem großen Landtag „angehört“ hätte.

Parteinaufrüchte.

Bei den Bürgerlichen Wahlen in Gumburg am Dienstag erzielten die sozialistischen Kandidaten erhebliche Minoritäten und wurde niemand. Es wurden für unsere Kandidaten in 19 jährlige Wähler ca. 3600 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung war eine ungewöhnlich starke. Außer dem Antisemitismus haben gebildet sämtliche Gewählte den alten Bürgerlichstendenzen an.

Wahlamtsvermerk. Am 15. Febr. erhielt im Eiferen Stadtkreis ein neues Organ unter der Bezeichnung die Agitation (Spezial im Hinblick auf die kommende Wahl) recht intensiv betrieben zu können, geben die Genossen des ganzen Kreises vom 15. Februar an den Wähler heraus. Das Blatt erscheint vorläufig zweimal im Monat; seine journalistische Gestaltung ist Kollektivwerk der schreibfertigen Eiferer Genossen, unter der Redaktion

des Vertrauensmannes W. Ostmann. Alle Arbeiten für den „Wähler“ werden unentgeltlich gemacht, so daß nur die Drucklegung zu bezahlen ist. Bei 4000 Exemplare, die es schon jetzt eine so große Zahl Abnehmer gefunden, daß die Finanzfrage groß ist. Die nicht verkauften Exemplare werden an die Einwohner des Eiferer Kreises unentgeltlich abgegeben, was eine vorzügliche Agitation für unsere Leute sein wird. Sobald es möglich, erheben wir die „Wähler“ wöchentlich zu je 10 Pfennig, je nach Lage der Finanzen. Alles dieses ist unter der Leitung aus eigenen Mitteln ohne jeden Nachschuß von anderer Seite. — Die erste Nummer des Blattes ist bereit erschienen.

Bei der Stadtberechnung in Gumburg kommen sämtliche Kandidaten der sozialdemokratischen Partei nach Angabe der Wähler für 1890 Stimmen für unsere Partei und 1820 für die bürgerlichen Kandidaten abgegeben worden. Das amtliche Wahlergebnis steht noch aus.

Arbeiterbewegung.

In der Altien-Zuckerfabrik in Wandsb. Eubenburg streifen seit Dienstag die Arbeiter um Erhöhung des Tagelohns von 2.20—2.30 auf 2.50 M.

Waltung, Korbmacher. Am 14. d. M. wurde in Großhans die Beschäftigten im Korbmachereigewerbe, daß vom 28. Februar nach dem 1. März 1898, so daß nicht arbeiten will, ist damit einverstanden. Es sind 25 B. Abzug. Da die Verleugung seit September dauert und so nur noch ungefähr vom 28. d. M. ein paar Hundert zu machen sind, so muß von einem Streik abgesehen werden, und es werden ebenfalls von den ca. 100 Arbeitern fast alle absehen.

In den Eisenwerken der Hammerwerke tag v. Dienstag in Gumburg in der Absicht, daß am kommenden 70. Jahrestag werden bedeuten Lohnabgabe die Arbeit niedergelegt. Sie erlauben die Forderungen, den Bezug fernhalten.

Die Arbeiter in Burg beschlossen am Freitag, dieses Feiertage 35 Pf. Mindest-Stundenlohn zu fordern.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung in Giebichenstein

am 15. Februar 1898.

In öffentlicher Sitzung wurde als 1. Punkt: Die Abänderung des Verordnungsordnungs der Beherrschenden erörtert.

Die Anträge sind in großen Massen den Entwurf des Verordnungsordnungs für die Beherrschenden und dabei ausgeführt, daß die Genehmigung verpflichtend deshalb erfolgt sei, weil die Gemeinde ihre eigene Verfügungsbefugnis nicht in der Lage ist, mehr zu leisten; zu können, jedoch müßte den Beherrschenden fast 180 M. Abzug zugunsten 200 M. gemacht werden. Und bei vorläufiger Genehmigung des Entwurfs die Grundgebühr nicht „sondern nur“ gestrichelt werden. Die unangenehmen Abänderungen können die Befragung einstimmtig an und nimmt Kenntnis von der Ablehnung eines besonderen Staatszuschusses zu den Grundbühren wegen der günstigen Lage, in welcher sich die Gemeinde befindet; auffällig ist hierbei, daß der Verordnungsordnungsamt mit Giebichenstein, infolge der geringen Verfügungsbefugnis der Gemeinde, genehmigt ist, während die Ablehnung des Staatszuschusses „der günstigen Lage“ wegen erfolgte.

Der 2. Punkt: Antrag der Brüder Müller wegen Terrain-Austrich betrifft den neuen und Ausgraben der geeigneten Grundstücks und nach einigen Abänderungen, nach dem vorgelegten Entwurf genehmigt mit der Maßgabe, daß alle dadurch entstehenden Kosten den Antragstellern zur Last fallen.

Der 3. Punkt: Die Forderung des Schulbesizers Wittfeld hinsichtlich, daß die Grundstücke eines Straßens zwischen Wittfeld und Reichstraße einzeln und eine dementsprechende Vorlage gemacht. Nach längerer Diskussion wird beschlossen: die durch das Grundstück Wittfeld 11 prozentige Straßens muß 12 Meter breit sein, der Straßensbreite 6 Meter und die beiderseitigen Fußwege je 2 1/2 Meter, das Terrain hat nur als Beliebigkeit der Verfügung finden und müssen 3 Meter breite Vorgärten angelegt werden.

Der jetzt im Grundbuch befindliche Antraggen wird beistimmt und die durch denselben entstehenden Kosten in einem mit entsprechender Abnahme angelegten Kanal geführt.

Die Anlage und Befreiung der entsprechenden Grunddimensionen soll Herrn Zschalig, Zschalig, 1897 unterzogen werden, um dann das ganze Projekt von einem Baumeister, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, genehmigen zu lassen.

Nachdem die **Straßenbeleuchtungs-Anfrage** zum größten Teil fertiggestellt ist, beantragt die Direktion der Gasanstalt, die Beschäftigten der Beleuchtung 1897 unterzogen zu lassen. Die Beschäftigten beistimmt, was genannten Tage an die Straßensbeleuchtungsstellen zu übernehmen.

Zu nächsten Aufstößen werden 600.14 M. mit allen gegen 2 Stimmen bewilligt.

Hieran wird ein Antrag angenommen, bei dem vorgeschlagenen Bericht der neuen Grundstücke, die **Verpflichtung** von Seiten der Gemeinde Giebichenstein derselben ein Einwohnereinkommen eingeleitet wird.

Ein alter Bekannter, die **Einführung von Wassermessern** betreffend, hand wieder mit der Tagesordnung und zwar in veränderter Form.

Bezüglich der ein Giebichensteiner Einwohner Beschwerde gegen die durch die **Regulativ** betreffend der **Wassermesser**, nach welchem die Wassermessung, wo Wassermesser eingeführt sind, unzulässig seien. Nach einem Antragssteller, daß der Beschwerdeführer Recht bekommen und die Gemeindeverwaltung von Giebichenstein hat das Regulativ dementsprechend abändern, um das Wasser-Gemeindeverordnungs, obligatorische Wassermesser einzuführen, aber abgelehnt.

Der Kreisaustrich hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Beschluß der Gemeindeverwaltung seine Zustimmung zu verweigern und derselben entgegen, obligatorische Wassermesser einzuführen. Dadurch ist diese Angelegenheit in ein anderes Stadium getreten, insofern, daß, wenn die Gemeindeverwaltung die Einführung nicht beistimmt, die Klage bei dem Kreisaustrich gegen den Kreisaustrich geführt werden muß. Die Führung derselben würde aber in erster Linie dem Amt und Gemeindeverordnungs obliegen und da derselbe mit aller Entschiedenheit für Einführung ist, ist wenig Aussicht vorhanden, dieselbe zu gewinnen. Um nun einen Kompromiß vorläufig, am dem Wege zu gehen, beschloß die Verwaltung, eine freie Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen, welche die ganze Angelegenheit nochmals einer genaueren Prüfung unterziehen soll. Die Kommission besteht aus den Herren Rudloff, Burdach, Reichardt, Franz, Kante, Geig und Hader.

In geschlossener Sitzung wurde noch ein Antrag auf Ermächtigung von Kanalreinigungsbühren fahrläufige.

Lokales und Provinziales.

Salle A. C., 17. Februar 1898.

Recht verlegen lang am Montag in der Stadtverordnetenversammlung unserer zweiten Bürgermeisters, Herrn v. Holly, auf die Anfrage des Stadtberechners Brinmann, wie der Magistrat über die Erbauung eines eigenen Schlachthofes in Giebichenstein denke. Brinmann meinte, daß die Erbauung eines Schlachthofes in Giebichenstein die Folge davon ist, daß der Magistrat seiner Zeit übertriebene Forderungen bei der Abgabe von Gas und Wasser an die Gemeinde Giebichenstein gestellt habe. Inwiefern die Beantwortung Brinmanns, daß die magistratischen Forderungen an Giebichenstein übertrieben waren, berechtigt ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Aber es sang recht eigentlich, als Herr v. Holly meinte, auch er habe erst durch die Zeitungswelt

kenntnis von dem Projekt Giebichenstein bekommen. Aber gleichwohl erklärte Herr v. Holly in demselben Anknüpfung, daß Verhandlungen angeknüpft wären und es nicht opportun sei, schon jetzt darüber zu sprechen. Daß der Magistrat von dem Vorgehen Giebichensteins übertraut war, steht danach außer allem Zweifel. Denn kann ist das Projekt angeknüpft, heißt der Magistrat schon Verhandlungen an und kurz vorher weiß er nicht ein Sterbenswörtchen davon, was die Nachbargemeinde alles im Schilde führt. Der Magistrat wird nun vielleicht auf die Einsicht gekommen sein, daß es ein Fehler war, daß die auch von uns schon lange geforderte Eingemeindung Giebichensteins auf die lange Bank geschoben wurde. Jetzt, wo sich dieser Ort immer mehr, und zwar sehr zu seinem Vorteil, entwickelt, um er z. B. mit seinen 40000 M. Schlachthöfen schon für den Bestand des hiesigen Schlachthofes stark in Betracht kommt, mo der Bau eines Amtsgerichtsgebäudes sehr in der Ferne wirkt, wo ferner die Beleuchtungsfrage schon glücklich gelöst ist, die neue Gasanlage gleichfalls für die gezielte Entwicklung fördernd mitwirkt, die Tototisierung immer mehr vor sich geht, jetzt wird man begreifen, daß die Eingemeindung, die nun einmal naturgemäß vor sich gehen muß, am besten schon vor 10 Jahren hätte getrieben sollen. Und man kann dem Magistrat nur dringend raten, die Schritte in dieser Angelegenheit sehr zu beschleunigen, denn je länger es dauert, je schwieriger wird es und desto höher werden die Kosten, die als Abfindungssummen nach verschiedenen Seiten hin gezahlt werden müssen.

Die Ausbesserung des Fortbildungsschule bis zum vollständigen 18. Lebensjahre soll nach einer Aeußerung des Handelsministers Befehl erfolgen. Die Magistrat sind aufgefordert worden, sofort einen entsprechenden Beschluß der städtischen Körperschaften herbeizuführen und den beschlossenen Ratstag zum Ortstag der Genehmigung des Bezirksausschusses zu unterbreiten.

Im Telephonbetriebe soll in Zukunft der Apparat nur noch mit einem Fernrohr versehen und ein zweiter nur gegen Zahlung einer Gebühr von 10 M. geliefert werden. Nach dem Stande der heutigen Technik, mit deren Hilfe es gelungen ist, die Verfügungsbefugnis der Telephonie und Fernrohr in hohem Maße zu verbessern, hat es sich als für die Bestimmung völlig ausreichend erwiesen, die Teilnehmergebühren künftig mit nur je einem Fernrohr auszurüsten. Die von der deutlichen Reichstelegraphen Verwaltung gelieferten Fernrohre sind leistungsfähiger, als die im Auslande gebräuchlichen, gleichwohl hat man in vielen Ländern seit Jahren den Teilnehmern nur einen Fernrohr zur Verfügung gestellt, ohne daß Beschwerden hierdurch hervorgezogen worden wären. Zum Abschluß des zweiten Jahres gegen äußere Gerüchte genügt ein Verbot mit der Hand; gegenüber den Gerüchten aus benachbarten elektrischen Anlagen hilft der zweite Fernrohr aber überhaupt nichts, denn man wird das Gerücht dann mit beiden Ohren hören, statt vorher nur mit einem.

Das große Lagerhaus, das der Allgemeine Konsumverein zu errichten beabsichtigt, soll auf das noch rechtliche Terrain an der Alster-Schmiedstraße zu liegen kommen. Gleichfalls soll eine Geschäftsstelle-Büro und Bücherei ins Haus treten. Das übrige der Galleische Zeitung in der Lage ist, diese Nachrichten weit zu bringen, ist für die meiste aus Arbeiten beizugehen Mitglieder des Allgemeinen Konsumvereins nicht besonders überrascht. Der ist die erste Straßens ein paar offizielles Gebäude des Allgemeinen Konsumvereins.

Einem missglückten Selbstmordversuch machte am Dienstag Abend gegen 10 Uhr der Pfeifehändler H. Er wollte sich erhängen; es ist jedoch der Strick und er ist bewußlos zu Boden. Hausbesitzer fanden ihn und schafften ihn nach der ersten ärztlichen Hilfe ins Krankenhaus. Er ist in dem Krankenhaus schon länger. Zeit erheben sich. Und es wird sehr wahrscheinlich, daß er auch an sich liegt. Das ist das Los des Proletariats: Erst werden ihm seine Kniechen auf dem Schachtelarbeit und schließlich bietet ihm nur noch der Strick. Da demnächst über die öffentliche Wohlfahrt.

Aus dem Bureau des Stadtkreises. Mit Frau v. Kuhnfeldt als Gabriele und Herrn Fanta als Jäger wird Freitag, Das Nachtlager in Granada wiederholt. Hieran geht das Ballet „Mengele“ in Szene. Am Sonntagabend gelangt „Romeo und Julia“ in die Reihenfolge der neuen Preise zur Aufführung. Da Herr Ludwig für nächste Saison aus dem Gaste ausgeht, wird Herr Rich. Hagen vom Berliner Theater zu Berlin in der Rolle des Romeo auf Engagement angetreten.

Aus dem Bureau des Thalia-Theaters. Das Lustspiel „Arenahaus“ von Schöthan und Koppel wird am Donnerstag und am Freitag im Theater in Szene. Die Rollen spielen Herr und Frau Schmitt, Bogner und Ludwig.

Waisch bei Zeit. Welche Anzeichen doch manchmal Verdröben haben, ist wirklich zum Bewundern. Die hiesige Bahnhofs-Deutschen Berg- und Hüttenwerke-Sonderbau, das in jedem dritten Sonntag im Monat im „Ballhof von Vort“ ihre Versammlungen ab. Da nun das Bergwerk bestimmt, daß wenn für Vereins-Versammlungen die Zeit und der Ort durch einen Beschluß von vornherein feststellt, es nur einer einmaligen Anmeldung der Versammlungen bedarf, so meide der hiesige Sonderbau dies dem Ausbesserer in Rechnung an. Zum Tag aber folgten die Schreier des Ausbesserers zu, das so häufig ist, daß es ist wirklich sehr niedriger. Es lautet:

Edm., den 2. Februar 1898.
Auf den Schluß der Jäger Volkstanz vom 13. v. M., die Beschleunigung auf Annäherung der am dritten Sonntag im Monat abgehaltenen Versammlungen des Bergwerks, das durch den Sonderbau gleich auf ein ganzes Jahr ausgesetzt gereicht. Jener zum Bescheide, daß diesem Entschluß keine Folge gegeben werden kann. Abgesehen davon, daß nach Vorbericht des § 1 der Verordnung vom 11. März 1890 nur die einzelnen Versammlungen auf ein ganzes Jahr ausgesetzt werden können, förmlich Sie mit doch wohl nicht unzureichend, daß ich Ihnen gemächlichkeit habe und um Ihnen eine besondere Anleihe zu erlangen, die in Aussicht genommenen Versammlungsstätte nach dem Datum ermittelte.

Es muß daher von jeder Versammlung zeitig Anzeige erstattet werden und um darauf, daß ich in der Lage bin, die Beschleunigung über die erfolgte Annäherung zu erklären und wegen der Überwindung der Versammlung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Andernfalls sind mir die in Aussicht genommenen Versammlungsstätte nach dem Monat, Tag und Stunde nicht 1898 anzufragen.

Die von Ihnen bisher zur Annäherung betriebene Versammlung von Volkstanz und Vortagen ganz kleinen Formats ist übrigens unzulässig und unzulässig. Nicht nur, daß diese leicht vorzuziehen kann, auch auf denselben auch eine Versammlung nicht erachtet werden. Die Versammlung eines ganzen Jahres werden, wird daher in Zukunft zu Anzeigen erachtet, daß ich Ihnen unzulässig sein, denn in der letzten vom 13. v. M., ist die Versammlungsstätte.

Boje.
Dann weiß wirklich nicht, was man dazu sagen soll. Der Herr Ausbesserer sagt im ersten Akt, daß das Bergwerk

